

# Grünes Kleeblatt

Nachrichten, Berichte und Meinungen aus der Gemeinde Ulrichskirchen-Schleinbach-Kronberg

Nr. 65/2017

## Einer für alle alle für einen!

*Dieses ursprüngliche Raiffeisen-Motto symbolisierte den Grundgedanken der gemeinschaftlichen Selbsthilfe im Sinne des christlichen Solidaritätsgedanken. Was ist daraus geworden? Wenn man als Konsument aus Solidarität mit unseren Land- und Forstwirten bei unseren Lagerhäusern einkaufen möchte, dann gibt es Überraschungen: Brennholz aus den östlichen EU-Nachbarstaaten, oder - heuer im Sommer bei einem Einkauf - Äpfel aus Deutschland, Paradeiser aus Belgien, Schnittkäse aus Deutschland, Emmentaler aus Bayern,... dieses unseren Bauernstand vergessende Warenangebot bewirkt Kopfschütteln und Verwunderung. Wie kann das eine Genossenschaft jener Gruppe, für die sie eigentlich da sein sollte, erklären?*

*Die Landwirtschaftspolitik, welche ÖVP-nahe Interessensgruppen fordern und durchsetzen, haben drastische Konsequenzen: So bekommen die Milchbauern heute etwa ein Drittel weniger als 1994,*

**... Nationalratswahl**  
**... Regionsfest**



auch wenn der Butterpreis derzeit steigt und steigt. Von den damaligen 90.000 Milchbauern in Österreich sind nur noch 28.000 übergeblieben.

Die Bauern sehen sich immer mehr dazu gezwungen, Masse zu produzieren, Qualität wird zweitrangig. Dank dieser Massenproduktion lagern EU-weit hunderttausende Tonnen Milchpulver und drücken den Milchpreis weiter. Kleinbauern, die qualitativ überzeugend, tiergerecht und ökologisch produzieren könnten, geben auf - täglich mehrere!



Der Biologe Bernd Löttsch hat in einem aktuellen Artikel in der „Furche“ dazu aufgerufen, die Tierhaltung so zu ändern, dass die Konsequenzen für Mensch, Tier und Umwelt positiv wären: Weniger Tierhaltung, dafür dort, wo sie tiergerecht möglich und ökologisch vorteilhaft ist, höherer Erzeugerpreis, damit kleine Betriebe besser überleben können, reduzierter Fleischkonsum, dafür von hoher Qualität („Sonntagsbraten“), was weit gesünder wäre und die Kosten des Gesundheitssektors deutlich reduzieren könnte. Die Unterstützung der Landwirte sollte mehr nach Qualitätskriterien als nach Masse und Flächengröße erfolgen.

Diese Forderungen werden seit vielen Jahren von alternativen Bauernverbänden gestellt, sie finden sich auch in ähnlicher Form in den Grundsätzen der Grünen Landwirtschaftspolitik wieder. Es ist schade, dass sowohl die Bauern als auch die Konsumenten so wenig Widerstand gegen die Interessen der Agrarindustriobby leisten – er täte beiden gut!

Dieser Widerstand kann auch heißen, dass man verstärkt direkt beim Bauern oder bei einer FoodCoop wie der **FürMi** in Ulrichskirchen einkauft: Da ist es für den Konsumenten günstig (sowohl vom Preis als auch der Qualität), und der Bauer bekommt einen fairen Preis, der ihm ein würdiges Arbeiten und Leben ermöglicht!

UGR Wolfgang Exler



## Drum prüfe, wer sich fünf Jahre was gefallen lässt

Nationalratswahlen stehen wieder einmal vor der Tür. Zwei Herren von den Großparteien und einer, der dazu gehören möchte, kämpfen in ihren smarten Anzügen um die Gunst der Wähler. Sebastian Kurz fällt mir mit seinem Wahlplakat als häufigster auf. „Ein neuer Stil. ES WIRD ZEIT“, lese ich da in feinen Lettern. Großartig fotografiert, erkenne ich bei schummriger Beleuchtung, das noch jugendliche Gesicht der neuen „Bewegung“ von Sebastian Kurz. Die etwas zu groß geratenen Hörorgane gut versteckt im dunklen Teil der Beleuchtung erkennt man gerade noch die markante Frisur des jungen Mannes. Das Haar stets akkurat zurückgekämmt. Ich freue mich, dass die Männer dieses Landes aufgerufen werden, die etwas lächerliche Wiedehopffrisur, die seit einiger Zeit im Trend ist, gegen die Haarlack-festgezurrten Haare nach hinten auszutauschen.

### Das ist jetzt der neue Stil!

Da ich wahlpolitisch keinerlei Aussagen aus dem fotografisch-künstlerisch wohltemperierten Plakat (wie viel kostet das wohl?) erkennen kann, begeben mich auf die Internetseite der ehemaligen ÖVP (jetzt Liste Kurz).

Schnell fällt mir die Aussage auf, dass Arbeit wieder wichtiger sein soll als das komfortable Leben mit der Mindestsicherung. Über die orf-Kandidaten-Befragung werde ich Herrn Kurz bitten, mir zu erklären, was er unter komfortabel versteht.



Dann: Ländliche Bereiche müssen gestärkt werden (das wird sicher wieder die EU erledigen, oder?)

Steuern senken! Jawohl, am besten den Wenigen, die schon viel haben was geben und den vielen, die wenig haben dafür mehr wegnehmen. Nennt man Umverteilung. Pensionen sichern! Natürlich kein Wort von der Höhe einer Mindestpension, und schon gar keins über die Höhe

einer Höchstpension.

### Gesundheit erhalten!

Ja, wer möchte das nicht? Brauch ich da wirklich eine Partei, die mir Joggen, gesunde Ernährung und regelmäßiges Lachen vorschreibt?

Das mit den Pensionen verstehe ich ja sowieso nicht. Denn, Sebastian Kurz möchte auf den Universitäten weitere Zugangsbeschränkungen und eine Uni-Gebühr. Damit nur noch die Reichen studieren können. Soweit ich unser System durchschaut habe, verdienen aber gut ausgebil-



dete Arbeitnehmer weit mehr als die anderen. Damit zahlen sie aber auch mehr in die Pensionskasse, mehr Steuern und sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Also wenn ich noch weniger Akademiker ausbilde (Österreich hat einen beschämend geringen Akademikeranteil in der Bevölkerung), dann müssen wohl die anderen, die weniger verdienen, die Pensionskasse füllen.

Beim sympathischen SPÖ-Spitzenkandidat Kern schaue ich gleich ins Internet. Sofort fällt mir die Forderung nach der „Gleichstellung für Frauen“ auf. Hallo, liebe SPÖ, was habt ihr denn die letzten vierzig Jahren gemacht? Noch gut kann ich mich an die von mir sehr verehrte Frau Dohnal erinnern, die – auch in den eigenen Reihen – gekämpft hat wie eine Löwin, für ein paar lächerliche Gleichbehandlungsgesetze. Und auf eine Frau an der Spitze der SPÖ warte ich auch schon lange, wäre es nach so langer Regierungszeit nicht fair, Gleichbehandlung auch innerhalb der Partei erkennen zu lassen? Ein schönes Wahlversprechen auf der SPÖ-Seite ist auch „Dienstleistung statt Bürokratie“. Herr Kern, bitte auf Puls 4 „Vurschrift is Vurschrift“ schauen, dabei heftig lachen und mich vergessen lassen, was ich in den letzten vierzig Jahren auf unseren Ämtern alles erlebt habe.

Der breite Zugang zum Studium, wie von der SPÖ gefordert, gab es jahrzehntlang, ich bin eine Nutznießerin davon. Was die SPÖ nun verspricht, hat sie in den letzten Jahren im Rahmen ihrer Regierungstätigkeit aber ordent-

lich verhindert.

Nun schaue ich noch auf die Seite des Herrn H.C. Strache, der Partei der Rechten, Populisten, Österreichfreunden und Menschenfeinden. H.C. Strache ist alt geworden, denke ich mir bei Ansicht seiner Fotos, ich aber auch. Anstatt wie früher, in Wut und Empörung auszubrechen, holt auch mich meine psychische Altersmüdigkeit ein und ich kann nur noch mit dem Kopf schütteln. Sehe ich doch nette kleine Filmchen, einmal unterstützt Herr Strache so ein armes Weibchen, das sich nicht traut, selber mit seinem Partner Schluss zu machen, zum anderen verhilft er einem männlichen Büroangestellten, der gerade seinem Chef den Kaffee servieren möchte, zum Mut, endlich eine Gehaltserhöhung zu verlangen.



Lieber Herr Strache: Schluss gemacht wird heutzutage via whats app oder sms. Hat man ein Phone, dann blockiert man den ehemals geliebten Partner, damit man sich die verletzte Lamentiererei des Verlassenen erspart.

Kaffee wird im Allgemeinen von weiblichen Angestellten serviert. Auch ein Grund, warum Frauen in unserem Land noch immer viel weniger verdienen als Männer: Sie machen die schlechter bezahlten Jobs, damit sich ihre männlichen Vorgesetzten gut entfalten können.

Und dann sehe ich noch eine Aussage vom Herrn Kickl: 560,- Euro für einen Asylanten sind 560,- Euro zu viel.

Also, entlassen wir einige Zehntausend Menschen in die Obdachlosigkeit, sie können ja in unseren Wäldern übernachten, der Winter wird das Problem wohl zu einem großen Teil lösen, die Kleinen erfrieren zuerst. Und wenn dann doch ein paar überleben, dann kann man sie ja verhungern lassen. Jeder Cent an diese Partei ist ein Cent zu viel.

Susanne Nanut





## Schwuppdwupp – und weg ist das Fest!

Spricht man vom alljährlichen Regionsfest, so haben wohl viele das wunderbare Ambiente des Kronberger Himmelkeller vor Augen: Buntes Treiben auf dem liebevoll gepflegten Garten vor „Radhaus“, Kulturstadel und Museum. Ein Ort der wahrlich dazu einlädt, die vielfältigen Produkte unserer Gegend zu verkosten und zu genießen. Die altherwürdigen Räumlichkeiten und Plätze bieten verschiedensten Musikgruppen die Möglichkeit Besucher zu unterhalten, Vereine können sich in gemütlicher Atmosphäre präsentieren.

So war es zumindest bisher. Doch

„schwuppdwupp“ und weg ist das Fest! Es ist einfach unbegreiflich, warum das Regionsfest nicht mehr in Kronberg stattfinden soll. Es wurde dieses Jahr kurzerhand nach Wolkersdorf verlegt. Aber nicht ins Schloss, das ja ein gewisses Flair böte, nein, das Regionsfest wird zum Einweihungsfest des „Platz der Generationen“ umfunktioniert. So kann die Bürgermeisterin von Wolkersdorf sicher sein, dass auch genügend Leute da sein werden. Dieser Platz wurde gegen den Widerstand vieler Bürger durchgesetzt, die Meinung der Bevölkerung dazu ist mehr als geteilt. Der Platz wird nicht als solcher empfunden, bis jetzt hat er höchstens den seelenlosen Charakter einer breiten Straße, also für ein gemütliches Fest nicht wirklich ansprechend.

Abgesehen davon wurden viele Mitwirkende der letzten Jahre überaus spät oder gar nicht informiert. Das zeugt nicht gerade vom Teamgeist der Obfrau und Bürgermeisterin von Wolkersdorf. Dieses Vorgehen hat bei so manchem Unmut hervorgerufen. Viele Menschen aus unserer Gemeinde haben mit Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir um ein schönes Fest ärmer geworden sind. Eine Chance weniger, unsere Gemeinde als nettes Ausflugsziel zu präsentieren. Wie schade!

Emily Hensel



## Bin ich reich oder wie viele Fakten verträgt die Steuerdebatte?

Für mich ist der laufende Wahlkampf aus zwei Blickwinkeln besonders spannend: Da ist zuerst der mediale Zirkus, in dem (selbsternannte) Experten über Nahverhältnisse zwischen Journalisten und Politikern, mangelnde kritische Fragen und die Übernahme von Inhalten aus Parteiprogrammen diskutieren. So liefert der Wahlkampf nicht nur Steilvorlagen für Satiriker, sondern führt auch zu angemessener Kritik an Berichterstattung. Wenn Medien den Politsprech der Forderungen übernehmen, ohne Folgen davon zu beleuchten, erfüllen Journalisten nicht ihre Rolle als Informationsvermittler, sondern lassen sich vereinnahmen.

Genau solche Kritik fließt auch in den zweiten Punkt ein: Besonders vage Formulierungen betreffen die steuerpolitische Debatte. Zuerst wird die Debatte lieber unter dem Schlagwort Gerechtigkeit geführt. Da Gerechtigkeit unterschiedlich verstanden werden kann, wird das Thema so auf die Gefühlsebene verschoben. Die einen sprechen von „neuer Gerechtigkeit“, die anderen behaupten, dass ihr Gerechtigkeitsverständnis von den einen abgeschrieben wurde und die Dritten plakativ, sich zu holen, „was Ihnen zusteht“. Auch in den dazugehörigen Parteiprogrammen finden sich mehr Schlagwörter als Konkretes. Zahlen und Fakten werden nicht angeführt, stattdessen überwiegt der Populismus.

Dass mangelndes Wissen über die Vermögensverteilung in Österreich in der Politik ausgenutzt wird, hat den Ökonomen Maximilian Kasy dazu bewegt, einen Rechner zu Vermögenssteuern online zu stellen.

### [www.binichreich.at](http://www.binichreich.at)

Unter [www.binichreich.at](http://www.binichreich.at) kann einerseits auf Basis einer von der europäischen Zentralbank koordinierten Befragung die persönliche Position in der Vermögensverteilung kontrolliert werden. Andererseits erlaubt die Website aber auch die Auswirkungen theoretischer Vermögenssteuern auf einzelne Haushalte nachzurechnen. Weil einer Reihe von Studien zufolge Selbsteinschätzungen zur Mitte hin verzerrt sind, handelt es sich allein dabei schon um hilfreiche Information.

Im Gegensatz zu der Website von Kasy, die eine jährliche Vermögenssteuer simuliert, beziehen sich die Parteiprogramme von SPÖ und Grünen auf eine Erbschaftsteuer. Mit der Ungenauigkeit, dass die jährlichen Steuerwirkungen auf eine langfristige Dauer umgelegt werden

müsste, können die Ergebnisse aber auch auf mögliche Erbschaftssteuern umgemünzt werden. Wenn Sie mögliche Auswirkungen selbst kontrollieren möchten: Teil des Grünen Wahlprogramms ist eine Erbschaftsteuer mit € 500.000 Freibetrag, während die SPÖ ab einem Erbe von einer Million Euro Steuern erheben möchte. Beide Parteien haben sich auf keinen Steuersatz festgelegt, es gibt also genug Fälle zu überprüfen.

Lorenz Gschwent



## DAS GRÜNE UMWELTPROGRAMM – WIR GRÜNE WOLLEN:

- die Umstellung der Versorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050.
- keine Neuzulassung von Fahrzeugen, die fossile Brennstoffe (Öl, Gas u.a.) benötigen, bis 2030.
- leistbare öffentliche Verkehrsmittel in ganz Österreich.
- ein Ende des Dieselprivilegs (steuerliche Begünstigung).
- Vielfalt beim Saatgut.
- eine artgerechte Tierhaltung – nicht "nur" für Tiere wichtig, sondern auch für die Ökobilanz.

Impressum:  
Grünes Kleeblatt  
c/o Wolfgang Exler  
2122 Ulrichskirchen, Viehtrift 13  
Telefon: 0677 61415014  
Eigenproduktion